

Die aktuellen Ausgaben des Bundes für die Stromversorgungssicherheit

Die Massnahmen des Bundes

Der Bund hat für den Winter eine Reihe von Vorkehrungen gegen eine Stromknappheit erlassen; damit sind bedeutende Kosten verbunden.

- Die ElCom hat für den Winter 2022/23 eine **Wasserkraftreserve** von 500 GWh plus/minus 166 GWh vorgeschlagen. In der Auktion wurden nur 400 GWh für 296 Mio. € kontrahiert, weil das Vorhalten einer grösseren Energiemenge bloss zu übermässig steigenden Kosten möglich gewesen wäre.
- Die Miete von 8 **Reserve-Gasturbinen** in Birr mit einer Gesamtleistung von knapp 250 MW beläuft sich für vier Jahre auf 470 Mio. Fr., also 117,5 Mio. Fr./Jahr. Dazu kommen Kosten von 10 Mio. Fr. für Lärmschutzmassnahmen und 5 Mio. Fr. für die Integration des Kraftwerks in die Plattform des Betreibers. Die Brennstoffkosten sind noch nicht berücksichtigt.
- Neu sollen nun auch bestehende **Notstromanlagen** in das Versorgungsdispositiv einbezogen werden. Dafür wird für 2022 ein dringlicher Nachtragskredit von 16,5 Mio. Fr. und für die Jahre bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 46,5 Mio. Fr. verlangt.
- Der **Rettungsschirm** für systemkritische Strom-Unternehmen ermöglicht Bundesdarlehen von insgesamt maximal 10 Mia. Fr.
- Für die **Energie-Sparkkampagne** wird ein dringlicher Nachtragskredit von 10 Mio. Fr. beantragt.
- Weitere Massnahmen zur kurzfristigen Versorgungssicherheit sind temporäre Erhöhungen der **Übertragungskapazität** im Übertragungsnetz und Reduktionen der **Restwassermengen**.
- Ein seit Langem bestehendes Führungs-Instrument ist die Notfallorganisation des Bundes für die Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen (**Ostral**) des BWL.

Die hier aufgelisteten Beträge dürften die wichtigsten finanziellen Bundesleistungen zur Bewältigung der aktuell befürchteten Stromknappheit sein. Sie sind gewaltig, rund 900 Mio. Fr. davon sind bereits verpflichtet. Ob der Rettungsschirm zu Darlehen und für den Bund zu Verlusten oder Gewinnen führen wird, ist offen. Diese Kosten sind nicht allein dem Ukraine-Krieg anzulasten, sondern auch den völlig ungenügenden Investitionen in die Stromproduktion und -speicherung und der Wunschvorstellung, man könne jederzeit beliebig günstige Elektrizität importieren.

Die vorzeitige Stilllegung des Kernkraftwerks Mühleberg

Das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) wurde trotz unbefristeter Betriebsbewilligung Ende 2019 abgestellt. Die BKW bezeichnete den Stilllegungsentscheid 2013 als unternehmerisch begründet, wegen anstehenden **Nachrüstungen**, die zu 200 Mio. Fr. veranschlagt waren. Mit diesen hätte die Anlage noch einige Jahre weiter produzieren können und günstigen Strom geliefert. Ein Weiterbetrieb von 10 Jahren wäre, aufgrund der guten Betriebsergebnisse mit stets hoher Arbeitsausnutzung von über 90 % und der internationalen Erfahrungen, wohl möglich geworden. Die Kapitalkosten der Nachrüstung (Amortisation und Verzinsung mit 5 %) hätten die Produktionskosten des KKM um knapp 1 Rp./kWh erhöht, also nur unwesentlich. Dafür stünde nun wertvoller Winterstrom zur Verfügung, denn das **KKM erzeugte im Winter 1500 GWh**, die nun fehlen. Zum Vergleich: Das ist das **fast Vierfache** der für den laufenden Winter für 296 Mio. Fr. verpflichteten **Wasserkraftreserve**.

Die Stromversorgung spielte für die KKM-Stilllegung offensichtlich keine Rolle, wesentlich waren wohl die damals tiefen Strommarktpreise, die 2013 bei 5 Rp./kWh lagen. Zudem hat der bundesrätliche Ausstiegsbeschluss von 2011 die ohnehin schwierige politische Situation der Kernenergie weiter verschärft. Der Stilllegungsentscheid wurde deshalb vielfach begrüsst und, was nicht verwundert, die Ausserbetriebnahme 2019 zelebriert.

Betriebswirtschaftlich mag der Stilllegungsentscheid in der kurzfristigen Optik verständlich gewesen sein, heute erweist er sich als verfrüht; man kann ihn auch als **falsch** bezeichnen. Die BKW wären heute wohl froh, wenn sie das KKM noch hätten, aus finanzieller Sicht und aus jener ihrer Versorgungsaufgabe. Der Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Mühleberg hätte auch **volkswirtschaftlich Sinn** gemacht. Der oben aufgelistete immense Finanzaufwand des Bundes gegen die Stromknappheit wäre weit geringer ausgefallen oder gar nicht nötig geworden.